



**Dr. Nina Scheer, MdB**

**Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Dr. Nina Scheer zur namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin „Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Irak und Kampf gegen die Terrororganisation IS“ am 01. September 2014:**

Wenn sich die Bundesregierung für Waffenlieferungen an die kurdische Regionalregierung im Nord-Irak ausspricht, ist dies von dem Bestreben getragen, Menschenleben von Verfolgten zu retten, hiermit auch einen Beitrag zum Schutz der Staatlichkeit des Irak sowie für die Stabilität der gesamten Region zu leisten, die angesichts der IS-Terroristen in akuter Gefahr ist.

Auch wenn ich dieses Bestreben teile, halte ich dennoch und gerade mit Blick auf die Stabilität der betreffenden Region, Waffenlieferungen für falsch. Es besteht die konkrete Gefahr, dass die Waffen in die falschen Hände geraten oder den Konflikt ausweiten statt die erforderliche Selbstverteidigung zu gewährleisten.

Richtigerweise leistet Deutschland humanitäre Hilfe. Auch eine Ausdehnung derselben halte ich für richtig. Es sollten alle humanitären Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die mit dem Tod bedrohte Zivilbevölkerung zu schützen.

Ich begrüße zudem, dass sich alle 193 Staaten der Vereinten Nationen am 15. August 2014 verpflichtet haben, Staaten, die die IS-Terrorgruppe unterstützen und sie mit Waffen ausrüsten, zu sanktionieren.

Die gegenwärtige Situation im Irak verlangt darüber hinaus aber auch militärischen Schutz der verfolgten Zivilisten. Hierfür bedarf es eines UN-Mandats und den Einsatz von UN-Friedenstruppen. Interventionen ohne UN-Resolution oder durch einzelne Staatenbünde bergen die Gefahr neuer Konflikte und Bewaffnung. Vor diesem Hintergrund können Waffenlieferungen die Ausdehnung von Terror verstärken. Das drängendste Elend, das Deutschland und die Welt aufruft akute Hilfe zu leisten, lautet selbstverständlich, den Terror und Verfolgung zu bekämpfen. Unsere Maßnahmen dürfen aber nicht zur Verstärkung eines terroristischen Nährbodens führen.

Dem Entschließungsantrag kann ich aufgrund der darin mitenthaltenen Unterstützung durch Waffenlieferungen nicht zustimmen, teile aber ausdrücklich die zu humanitären Hilfen getroffenen Aussagen.

**Dr. Nina Scheer, MdB**

Berlin, vom 01.09.2014